

Bürger*innenDialog Potsdam

Bekämpfung struktureller Diskriminierung zur Sicherung einer kommunalen Teilhabe

02. November 2021 von 10.00 bis 13.00 Uhr

Format: hybrid / Museum Potsdam

Moderation: Marianne Ballé Moudoumbou

Die Potsdamer Verwaltung koordiniert das kommunale Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ und das bundesweite Bündnis „Städte Sicherer Hafen“. Darüber hinaus ist die Landeshauptstadt Potsdam Mitglied in der „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus e.V.“. Diese Koalition ist eine Initiative der UNESCO, die 2004 gestartet wurde. Das Ziel besteht darin, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung einsetzen. Dabei treten Mitgliedsstädte bzw. die Kommunen als aktive Förder*innen gleicher Chancen für alle Menschen ein. Der „Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus“ unterstützt die Mitgliedsstädte dabei ihre Prioritäten zu setzen, Strategien zu optimieren und ihre Zusammenarbeit zu intensivieren.

Bei diesem Bürger*innenDialog Potsdam sprechen Fachwelt, Betroffene, Verwaltung und Zivilgesellschaft über praktikablere Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Artikel 7 Abs. 1 der UN-Kinderrechtskonvention, über die Einhaltung von Gleichbehandlungsrechten sowie über Partizipations- sowie Teilhabechancen von Migrant*innen, Geflüchteten und Black, Indigenous and People of Color (BIPoC) in Potsdam und ganz Brandenburg.

Hintergrundinformationen zu der UN-Kinderrechtskonvention

Ein Kind unverzüglich nach seiner Geburt zu registrieren, ist eine Staatenverpflichtung aus Art. 7 Abs. 1 UN-Kinderrechtskonvention. Artikel 7 Absatz 1 der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) sieht vor, dass jedes Kind unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register einzutragen ist. Eine Vielzahl weiterer Rechte der UN-KRK sind an das Vorliegen eines Identitätsnachweises gebunden. Wenn keine Eintragung erfolgt, ist das Kind für den Staat nicht existent. In der Folge werden einem die damit verbundenen Rechte und Pflichten verweigert. Fehlt der Nachweis einer Registrierung, gibt es große Schwierigkeiten beim Zugang zu Sozialleistungen oder auch zur Gesundheitsvorsorge. Daher ist die Eintragung in ein Geburtenregister von großer Bedeutung für das weitere Leben des Kindes - und das der Mutter. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hatte zuletzt 2014 die Notwendigkeit einer schnellstmöglichen Eintragung betont und die deutsche Praxis gerügt.

Link zur Veranstaltung:

<https://us02web.zoom.us/j/4809102658?pwd=STJocnVPa29hV2RtY0R1MnA1VGdzUT09>



PROGRAMM

09.50 - 10.00 Uhr	Technisches Check-In
10.00 - 10.05 Uhr	Einführung durch Moderation
10.05 - 10.15 Uhr	Begrüßung Dr. Elizabeth Beloe, stellv. Vorsitzende, BV NeMO e.V.
10.15 - 10.25 Uhr	Grußwort der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg Dr. Doris Lemmermeier
10.25 - 10.45 Uhr	Impulsvortrag von Sophie Funke, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention „Papiere von Anfang an“ Deutsches Institut für Menschenrechte
10.45 - 11.25 Uhr	Diskussionsrunde 1 <ul style="list-style-type: none"> • Dr. Doris Lemmermeier, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg • Chienku Immaculate Ngogang, Koordinatorin von Refugees Emancipation e.V. • Fadi Sujaa, Mosaikstein e.V.
11.25 - 11.40 Uhr	Publikumsbeteiligung
11.40 - 12.25	Diskussionsrunde 2 <ul style="list-style-type: none"> • Geraldine Mua, FEM - Forum des Empowerments und Teilhabe für Migranten e.V • Merlylyne Grace Tuju, Cagintua e.V. • Olaf Jansen, Leiter der Zentralen Ausländerbehörde (ZABH)
12.25 - 12.45 Uhr	Publikumsbeteiligung Kommentare von <i>critical friends</i> (jeweils 5 Minuten) <ul style="list-style-type: none"> • Anne Frisius, Cooperativa-Film • N.N, Together We Are Bremen Fragen des Publikums
12.45 - 12.55 Uhr	Reaktionen der Diskussionsrundenteilnehmenden
12.55 - 13.00 Uhr	Fazit durch Moderation und Abschlussworte des BV NeMO e.V.



wir sind viele
gegen
rassismus
und
diskriminierung



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration